

Energieszene Schweiz

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(1987)**

Heft 2: **Im Jahr 2 nach Tschernobyl**

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schweiz Die Sowjetunion soll endlich für die Tschernobyl-Schäden in der Schweiz bezahlen! Mit einem Postulat in der Juni-Session will der Tessiner FDP-Nationalrat Sergio Salvioni dafür sorgen, dass der Bundesrat den Kreml-Bossen auf die Finger klopft. Den Politiker stört die krasse Rechtsungleichheit: «Wegen dem Chemieunfall in Schweizerhalle haben Deutschland, Frankreich und Holland Schadenersatzforderungen von rund 90 Millionen Franken eingereicht», sagt er.

«Wegen der Atomkatastrophe in Tschernobyl hat sich die Schweiz nicht einmal darum bemüht, die Schadenhöhe zu errechnen!»

Nationalrat Salvioni weiss, dass westliche Länder bei der sowjetischen Regierung «vorsichtig sondiert» haben. Aber nach einer ersten negativen Reaktion des Kremls hätten sie gleich aufgegeben. «Ich vermute, dass die Lobby der Nukleargesellschaften dahintersteckt. Sie hat wahrscheinlich über die Köpfe der Bürger hinweg beschlossen, Tschernobyl totzuschweigen.» Deshalb will Salvioni dem Bundesrat jetzt Beine machen. Als Tessiner fühlt er sich stärker betroffen als die übrigen Schweizerinnen und Schweizer. «Im Luganersee darf man noch immer nicht fischen. Ich habe ein Jahr gewartet» SoBli, 17.5.87

Schweiz In einer repräsentativen Meinungsumfrage des Instituts für Markt- und Sozialforschung LINK in Luzern lehnen 85 Prozent der Deutschschweizer und -schweizerinnen den Bau von weiteren Atomkraftwerken in der Schweiz ab. Knapp 73 Prozent sind für einen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie; eine sofortige Schliessung einzelner Nuklearzentralen wird noch von einer knappen Mehrheit abgelehnt (57 Prozent). 31 Prozent dagegen möchten einzelne AKWs bereits jetzt abstellen. Heute sind insgesamt 62 Prozent der Bevölkerung zwischen 15 und 74 Jahren gegen die Atomenergie-satte elf Prozent mehr als vor Tschernobyl. Zuvor glaubten mehr Befürworter der Kernenergie an einen möglichen Reaktorunfall in der Schweiz (der Schulterchluss funktioniert, E+U). Nur: Im Total aller Befragten bezeichnen immer noch 82 Prozent einen Reaktorunfall in der Schweiz als möglich (trotz massiver Propaganda der Lobby, E+U). SoZ, 26.4.87

Schweiz Mit einer Petition für ein Energieprozent (knapp 6500 Unterschriften) verlangt der Migros Frühling, dass der Migros-Genossenschafts-Bund jährlich ein Prozent und

die zwölf Regionalgenossenschaften jährlich ein halbes Prozent ihres Umsatzes – analog dem Kulturprozent – für die Förderung von Projekten einsetzen, welche Energie sparen helfen oder erneuerbare Energie besser nutzen. Auf diese Weise kämen pro Jahr rund 80 Millionen Franken zusammen: für Forschung, Information und Beratung sowie Förderung von Einzelprojekten vom Gedankenblitz bis zur Serienproduktion. Das Energieprozent solle nicht als Spitze gegen Migros verstanden werden. Aber die Migros habe genug Geld, andere, die auf diesem Sektor Initiativen ergreifen, zu unterstützen. Wichtig ist für den M-Frühling auch, dass mit dieser Petition eine Diskussion in Gang gebracht wird, das Energieverhalten «dieses Giganten» grundsätzlich zu diskutieren. Angesprochen wurden neben dem Sämtispark auch die Verteilorganisation und das Wachstum. Zur Übergabe der Unterschriften ist zwar nicht der angesprochene Präsident Jules Kyburz erschienen, Migros hat aber immerhin ihren Generalsekretär Hans Tanner delegiert, um die Unterschriften in Empfang zu nehmen, obwohl die Form der Petition in den Statuten nicht vorgesehen sei. TA, 25.4.87

ENERGIE SZENE SCHWEIZ

Schweiz Der Bundesrat sucht einen Kompromiss zwischen Interessen des Gewässer- und Landschaftsschutzes und Interessen der Elektrizitätswirtschaft: In diesem Sinne lehnt er die Gewässerschutzinitiative der Umweltverbände ab; präsentiert aber einen indirekten Gegenvorschlag. Darin werden Existenzminimalwassermengen für neue Kraftwerkkonzessionen vorgeschlagen, aber auf den in der Initiative enthaltenen vollständigen Schutz der übriggebliebenen Naturgewässer verzichtet. Dies wird etwa bei den Passagen über die Restwassermengen deutlich. Der Bundesrat hält in seinem Revisionsentwurf am zweistufigen Verfahren fest: Das Gewässerschutzgesetz soll minimale Mengen festlegen, die Kantone könnten dann (in der zweiten Stufe) nach Abwägung aller Interessen die Mindestmengen erhöhen. Das ist nichts als Spiegelfechterei. Es waren ja gerade die Wasserschlosskantone, die sich massiv gegen jede Verschärfung der Restwasserbestimmungen und vor allem gegen Bundesvorschriften ein-

setzten; und sie sind es auch, die zusammen mit der Elektrizitätswirtschaft die vom Bundesrat vorgeschlagene Übergangsregelung bekämpfen, die bis zum Inkrafttreten des revidierten Gewässerschutzgesetzes Gültigkeit haben soll. TA, 30.4.87

Schweiz Dicke Post für 170 Schweizer Energieexperten: Innert 14 Tagen sollten sie 360 Fragen zu den Folgen eines Ausstiegs der Schweiz aus der Atomenergie beantworten. Die Mehrheit der Spezialisten warf jedoch das Handtuch. Der Lausanner ETH-Professor Jacques Neiryck schimpft über die Methode: «Reiner Betrug!» Hinter der seltsamen Aktion steckt die vom Bundesrat eingesetzte Expertenkommission, die bis Ende Jahr die Szenarien für einen Ausstieg oder ein Moratorium abliefern muss.

Wichtigste Begründung für die anonyme Umfrage: Die Zeit für ausgedehnte Hearings fehle. Und unter dem anonymen Deckmantel einer Umfrage sei ein Abrücken von jetzt festgefahrenen Positionen eher möglich. Eine erste Runde der sogenannten Delphi-Untersuchung, realisiert von der Basler Unternehmensberatungsfirma Kitec, ist bereits abgeschlossen. Resultat: Von den angeschriebenen 170 Experten antworteten nur rund 60. Kitec-Chef Hans Browa verteidigt das dünne Interesse: «Auch bei einer solchen Beteiligung sind bei diesem kreativen Verfahren aussagekräftige Meinungen zu eruiieren.» Ein Teil der Experten zweifelt jedoch an Sinn und Zweck der dreiteiligen Energie-Umfrage, deren zweiter Teil jetzt läuft und deren Ergebnisse im Juni an die Kommission abgeliefert werden sollen. Neiryck, Chef der Energie-Abteilung an der Lausanner ETH, mäkelte gegenüber «L'Hebdo»: «Auch die Lottozahlen werden nach einem ähnlichen Zufallsprinzip erhoben.» SoZ, 3.5.87

Kaiseraugst 98 freisinnige Delegierte dagegen, 61 dafür. So lautete das Abstimmungsergebnis in der kontroversesten Fragen am Programm-Parteitag der FDP in St. Gallen. Die Freisinnigen mussten sich entscheiden, ob sie ein fakultatives Referendum beim Bau neuer Kernkraftwerke befürworten, Kaiseraugst eingeschlossen. Bruno Hunziker, FDP-Präsident mit dem Gespür für politische Stimmungsschwünge, rief in den Saal: «Wir können die Demokratie auch zu Tode demokratisieren!» Er stand demonstrativ nicht am Präsidentenpult: «Ich spreche zu Ihnen als gewöhnliches Fraktionsmitglied und Aargauer.» Die Kaiseraugst-Prominenz

in der FDP konnte nicht schweigen: Sowohl der frühere KKW-Direktor von Kaiseraugst, Ulrich Fischer, als auch der neue, Hans Rudolf Lutz, traten ans Rednerpult. Ihre Argumente: «Kernkraftwerke sind Sachfragen, die sachlich von Bundesrat und Parlament entschieden werden sollen. Das Volk würde nur emotional entscheiden.» Eine Delegierte aus Kaiseraugst sagte daraufhin: «Eine Politik, welche Gefühle, Ängste und Hoffnungen der Bevölkerung verleugnet, möchte ich nicht mehr mittragen.» SoZ, 10.5.87

Elektrizitätswerke Ende 1986 führte der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) bei seinen 465 Mitgliedwerken eine Umfrage über ihre Aktivitäten auf dem Gebiet der Energieberatung, des Energiesparens und der erneuerbaren Energien («Alternativenergien») durch. 156 Werke (33,5 Prozent!) haben geantwortet. Wichtigste Ergebnisse:

- 68 Prozent (nur 20 Prozent aller Werke überhaupt) geben Informationsmaterial zum Thema Stromsparen ab und bieten Beratung. 6 Prozent der antwortenden Werke (8 Stück) haben das für die Zukunft vor.
- Nur 72 Prozent beraten auf Anfrage, 5 Prozent planen dies. Dabei steht die Elektroheizung im Vordergrund (21 Prozent des Stromverbrauchs im Haushalt), gefolgt vom sparsamen Einsatz von Strom (Haushaltgeräte, 55 Prozent des Verbrauchs). Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft oder Dienstleistungen wird Beratung «weniger häufig» angeboten (trotz höchster Zuwachsraten, siehe S. 6).
- Massnahmen zur Reduktion des eigenen Stromverbrauchs haben 20 Prozent der antwortenden Werke (28 Stück) ergriffen, nur ein Werk plant dies.
- Einen Vorjahresvergleich findet man auf den Rechnungen von 13 Werken, 29 sehen diese wichtige Sparinformation vor.
- «Über 30 Werke» (6,5 Prozent aller VSE-Mitglieder!?) haben tarifarische Massnahmen ergriffen, die das Stromsparen unterstützen.
- Nur 26 Prozent der Antworten deuten auf eine «positive Einstellung zur Rücknahme von Strom aus WKK-Erdgas» hin: 46 Prozent haben nichts gegen privaten Strom aus kleinen Wasserkraftwerken. nach VSE-Mitteilung vom 30.3.87

Elektrizitätswerke Auf den Stromrechnungen soll künftig der Mehr- oder Minderverbrauch an elektrischer Energie im Vergleich zur Vorjahresperiode klar ersichtlich ausgewiesen werden. Einen entsprechenden Vorschlag hat der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke

(VSE) an seine Mitgliederwerke gerichtet. Der VSE fordert sie im weiteren auf, bei einer nächsten Änderung der Tarifstruktur auf die sogenannten degressiven Tarife zu verzichten. Degressive Tarife basieren auf einer Abstufung der Kilowattstundenpreise je nach Bezugsmenge – hoher Stromverbrauch wird also mit billigeren Ansätzen «belohnt». Auch der VSE zeigt sich heute überzeugt, dass sich dieses System aus energiewirtschaftlichen und aus sparspsychologischen Gründen nicht mehr vertreten lässt. Nach den Angaben des Verbandes arbeiten gegenwärtig noch einige kleinere Elektrizitätswerke mit derartigen Tarifen. NZZ, 3.3.87

Transwal Nach Baden (38:9), Neuenhof (32:4) und Obersiggenthal (34:2) hat sich am 2.4.87 auch der Einwohnerrat, die Legislative, von Wettingen für das Wärmeversorgungskonzept Aare und Limmattal (WAL) ausgesprochen, mit 38 zu 8 Stimmen. Eine freisinnige Motion soll das Nein des Dietiker Stadtrates zu Transwal («wirtschaftlich nicht tragbar») umstossen. Entgegen den Städten Zürich und Dietikon spricht sich der Zürcher Regierungsrat nach wie vor für das Projekt aus, allerdings ohne sich an der Aktionsgesellschaft und damit am finanziellen Risiko beteiligen zu wollen. Bei den – entscheidenden – Liegenschaftsbesitzern stösst Transwal auf wenig Interesse, so auch in Turgi, wo Transwal nur gerade bei einem Viertel der Hausbesitzer Gegenliebe findet (6 Prozent der positiven Reaktionen entfallen erst noch auf öffentliche Bauten). An der Umfrage von Anfang März beteiligten sich nur 54 Prozent der Befragten. In Wettingen, der grössten tangierten Gemeinde, will sich nur ein Drittel der Liegenschaftsbesitzer an Transwal anschliessen. Nach FA, 13.3. BT, 31.3. und 2.4., TA, 6.4., LNN, 9.4.87.

Aargau Der Aargauer Grosse Rat will nichts wissen über allfällige Zusammenhänge zwischen Radioaktivität und Waldschäden. Er weist einen Zusammenhang – der bisher weder schlüssig bewiesen noch klar widerlegt ist – derart kategorisch von sich, dass er noch nicht einmal eine entsprechende Untersuchung mittels Jahrringanalyse durchführen lassen will. Ein Postulat von Gretel Hoffmann (EVP, Aarau), das ebendies verlangte, wurde denn auch 41 gegen 89 Stimmen abgelehnt. FA, 29.4.87

Nidwalden Deutlich stellten sich die Nidwaldner Stimmbürger am 26. April im Ring zu Wil hinter die Initianten der Atominitiative. So wird das Volk künftig also ein Mitspracherecht bei «Atomanlagen» und sie vorbereitende Handlungen haben. Verworfen wurden ein diesbezüglicher landrätlicher (CVP-)Gegenvorschlag und schliesslich auch ein Antrag zur Verwerfung der Initiative. Damit siegte die Opposition auf der ganzen Linie. (Das Demokratische Nidwalden und die Sozialdemokraten waren für die Initiative, die Freisinnigen wollten den bisherigen Status beibehalten.) LNN, 23. und 27.4.87

Zürich Der Zürcher Regierungsrat will die Bedeutung der Kleinkraftwerke im Kanton neu überprüfen. Ins Auge gefasst werden gemäss der Antwort auf eine FDP-Anfrage aus dem Kantonsrat vor allem höhere Entschädigungen für den Strom, den die Werke ins Netz liefern. Im Kanton Zürich bestehen zurzeit noch 140 Konzessionen für Wasserkraftwerke. Davon sind 129 Anlagen solche mit weniger als 500 kW installierter Leistung. Diese Mikrowasserkraftwerke könnten bei optimalem Betrieb jährlich rund 25 Millionen kWh Strom produzieren. Allerdings sind davon nur noch 59 in Betrieb, da viele Anlagen veraltet sind und mangels genügender Wirtschaftlichkeit nicht mehr erneuert werden. BT, 8.5.87

Zürich Der Kantonsrat hat am 11. Mai die Einführung eines Röntgenpasses mit 71 gegen 54 Stimmen abgelehnt. Ein solcher Ausweis sei kein taugliches und einfach zu handhabendes Schutzmittel, erklärte die Regierung. «Die durch medizinische Massnahmen verursachte jährliche Belastung beträgt im Mittel lediglich gut 100 Millirem», meinte der Regierungsrat. Hinzu komme, dass die Dosis, die ein Patient bei einer radiologischen Untersuchung erhalte, in der ärztlichen Praxis gar nicht genau ermittelt werden könne. TA, 12.5.87

Zur Information: Im vergangenen Jahr kontrollierte das Bundesamt für Gesundheitswesen über 2200 der rund 13000 medizinischen Röntgenanlagen. Die Inspektoren beanstandeten insgesamt 71 Prozent der Anlagen. Die festgestellten Mängel betrafen zu 33 Prozent den Patientenschutz, zu 16 Prozent den Personal- und Umgebungsschutz und zu 51 Prozent formale Anforderungen (siehe auch S. 16). TA, 30.3.87